

## einwärts:

Wer hätte das gedacht: Monatlang lagen, auch in Niedersachsen, Union und FDP demoskopisch beruhigt in Führung. Und dann das: Die SPD hat nach wochenlanger Aufholjagd im Rahmen des derzeit Möglichen, die Union aus CDU und CSU vom Realismus des Wahlvolkes aus dem schwarz-gelben Wolkenkuckucksheim vertrieben.

Dorthin hatten sie die Meinungsführer der Nation verortet. Nun suchen sie nach den Schuldigen, beschimpfen das Wahlvolk, es habe falsch gewählt und nun trauen sie sich, als sei ihr demoskopisches Desaster nur ein kleiner Betriebsunfall, schon wieder aufs Parkett. Immer noch überzeugt, schwarz-gelb sei Volkes wirklicher Wille gewesen, haben sie schnell mal gerechnet und als strukturkonservative Kulturrevolutionäre die Jamaika-Koalition erfunden.

Noch zwei Tage vor der Wahl sahen die publizistischen Proktologen\* schwarz-gelb im Lande des Lächlers auf der Siegerstraße, um so dem Wahlvolk die rechte Wahl nahe zu legen. Das jedoch hat in Niedersachsen sehr sturmfest deutlich gemacht, was es von politischen Hit-Paraden hält: Rein gar nichts.

Verloren haben diese Wahl die Demoskopien und ihre publizistischen Federhalter. Gewonnen haben in Niedersachsen Gerd Andres, Edelgard Bulmahn, Garrelt Duin, Sigmar Gabriel und Peter Struck, um nur die überregional Bekanntesten zu nennen, und die SPD mit dem bundesweit besten Ergebnis der Gesamtpartei. Wir in Niedersachsen sind auf einem guten Weg: vorwärts. ■ lopo

\*Proktologie ist die Wissenschaft von den Erkrankungen des Mastdarms.

### Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen  
 Verantwortlich: Frank Wilhelmy  
 Redaktion: Lothar Pollähne  
 Odeonstraße 15/16  
 30159 Hannover  
 E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de  
 Satz: anette.gilke@t-online.de

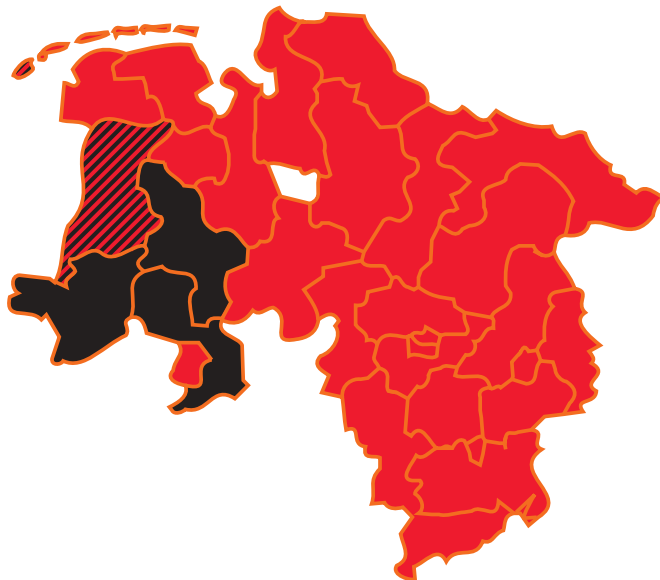
# Herausforderung und Ansporn

Ein grandioser Sieg der niedersächsischen SPD nach einem engagierten Wahlkampf

VON WOLFGANG JÜTTNER

Damit hatten wohl auch die größten Optimisten nicht gerechnet: Die SPD ist seit dem 18. September wieder die mit Abstand stärkste politische Kraft in Niedersachsen. Bei der Bundestagswahl liegen wir fast 10 Prozent vor der CDU, sensationelle 25 von 29 Wahlkreisen haben unsere Kandidatinnen und Kandidaten gewonnen. Das ist ein grandioser Sieg für Gerhard Schröder und alle, die mit ihm einen unglaublich engagierten Wahlkampf geführt haben.

Das Wahlergebnis zeigt: Die Menschen in Deutschland wollen einen starken Staat, der auch in Zukunft Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit gewährleistet. Für einen Nachwächterstaat à la Westergelle gibt es keine Mehrheit. Die Wählerinnen und Wähler haben unseren mu-



Niedersachsens politische Landkarte: Ein rotes Tuch für Christian Wulff

tigen und nicht immer unumstrittenen Kurs honoriert: Sie wollen, dass der Sozialstaat erhalten bleibt, aber zukunftsfähig gemacht wird. Darauf können wir stolz sein. In den anstehenden Koalitionsverhand-

lungen wird es nun darum gehen, möglichst viel von dem, was wir in unseren Wahlmanifest dargelegt haben, in ein Regierungsprogramm umzusetzen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokra-

ten in Niedersachsen ist das Wahlergebnis Herausforderung und Ansporn zugleich: Herausforderung, weil wir das große Vertrauen der Menschen in unserer täglichen politischen Arbeit nicht enttäuschen wollen und dürfen. Ansporn, weil wir bei den Kommunalwahlen 2006 und bei den Landtagswahlen 2008 erneut als stärkste Kraft in Niedersachsen abschneiden wollen.

Bis dahin liegt noch viel Arbeit vor uns. Wir werden unseren politischen Kurs in Niedersachsen fortsetzen – in der Sache klar, aber ohne jede Überheblichkeit. Wenn wir in den nächsten Monaten so geschlossen und engagiert kämpfen wie im Bundestagswahlkampf, können wir unser Ziel für 2008 erreichen: Die schwarz-gelbe Mehrheit im Land ablösen und wieder Politik mit statt gegen die Menschen zu machen. ■

## Niedersachsen: durch und durch rot

Insgesamt schickt die niedersächsische SPD, die landesweit auf 43,2 Prozent kam, 27 Abgeordnete nach Berlin. Über die Landesliste ziehen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Gabriele Groneberg in den Bundestag ein. Direkt gewählt wurden:

- Garrelt Duin (58,3%)  
WK 25 Aurich – Emden
- Karin Evers-Meyer (50,4%)  
WK 27 Friesland – Wilhelmshaven
- Gesine Mulhaupt (44,7%)  
WK 28 Oldenburg – Ammerland
- Holger Ortel (50,1%)  
WK 29 Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land
- Annette Faße (49,8%)  
WK 30 Cuxhaven – Osterholz
- Dr. Margrit Wetzel (48,1%)  
WK 31 Stade-Cuxhaven
- Rolf Kramer (45,7%)  
WK 34 Diepholz – Nienburg I
- Joachim Stünker (44,2%)



Große Freude am heißen Draht: Edelgard Bulmahn und Wolfgang Jüttner am Wahlabend Photo: lopo

- WK 35 Rotenburg – Verden
- Monika Griefahn (44,2%)  
WK 36 Soltau-Fallingb.-Winsen
- Hedi Wegener (43,8%)  
WK 37 Lüchow-Danzenberg – Lüneburg
- Martin Schwanholz (44,1%)

- WK 39 Stadt Osnabrück
- Sebastian Edathy (51,6%)  
WK 40 Nienburg II – Schaumburg
- Gerd Andres (52,9%)  
WK 41 Stadt Hannover I
- Edelgard Bulmahn (54,3%)  
WK 42 Stadt Hannover II
- Caren Marks (49,9%)  
WK 43 Hannover-Land I

- Dr. Peter Struck (46,7%)  
WK 44 Celle – Uelzen
- Hubertus Heil (51,1%)  
WK 45 Gifhorn – Peine
- Gabriele Lösekrug-Möller (50,2%)  
WK 46 Hameln-Pyrmont – Holzminden
- Dr. Matthias Miersch (51,5%)  
WK 47 Hannover-Land II
- Bernhard Brinkmann (51,0%)  
WK 48 Hildesheim
- Sigmar Gabriel (52,3%)  
WK 49 Salzgitter – Wolfenbüttel
- Dr. Carola Reimann (51,5%)  
WK 50 Braunschweig
- Hans-Jürgen Uhl (49,5%)  
WK 51 Helmstedt – Wolfsburg
- Dr. Wilhelm Priesmeier (50,5%)  
WK 52 Goslar – Northeim – Osterode
- Thomas Oppermann (46,8%)  
WK 53 Göttingen

## Bafög-Lasten

Vom kommenden Jahr an müssen in Niedersachsen Studierende, die Bafög-Leistungen beziehen, zusätzlich Studiengebühren entrichten. Das betrifft derzeit 46.565 Studierende, die nach Abschluss ihres Studiums mit einem Schuldenberg von bis zu 15.000 Euro ins Arbeitsleben starten müssen. Noch im März dieses Jahres hatte die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan ein CDU-Papier vorgelegt, demzufolge Empfänger des Bafög-Höchstsatzes von Studiengebühren ausgenommen werden und andere Bezahler nur einen reduzierten Beitrag zahlen sollten.

»Jetzt wissen wir, was Wissenschaftsminister Lutz Stratmann unter einem sozialverträglichen Modell versteht: Abkassiert wird bei allen«, moniert die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gabriele Andretta. Sinkende Studienanfängerzahlen werden die Folge sein. ■

## Unehrlich, unsozial und unsolide

SPD klagt gegen verfassungswidrigen Landeshaushalt vor dem Staatsgerichtshof

VON WOLFGANG JÜTTNER

In Niedersachsen ist der Verfassungsbruch zur Routine geworden. Bis 2008 will Christian Wulff jedes Jahr einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegen, in dem die neuen Schulden die Investitionen überschreiten. »Wulff ist in Wirklichkeit der größte Schuldenmacher in der Geschichte Niedersachsens«, schreibt denn auch die **Frankfurter Allgemeine Zeitung**.

Zum Auftakt der Haushaltsberatungen im Landtag wenige Tage vor der Bundestagswahl versuchen CDU und FDP mal wieder, die wirkliche Lage zu beschönigen. Schuld an den Finanzproblemen sei die Vorgängerregierung, so das immer gleiche Lamento. Fakt ist aber: Christian Wulff und Finanzminister Möllring führen das Land in den Ruin, weil sie nicht bereit sind, bei ihrer eigenen



Wolfgang Jüttner mit guten Ratsgebern  
Photo: lopo

Klientel zu sparen und endlich den Subventionsabbau voranzutreiben.

Die SPD-Fraktion hat in einer ganzen Reihe von Anträgen die Abschaffung überflüssiger Steuervergünstigungen gefordert. Wäre die CDU/FDP-Mehrheit diesen Vorschlägen gefolgt, würde die Haushaltslage ungleich besser

aussehen: Schon 2005 hätten dem Land 99 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestanden. In der letzten Phase hätten unsere Vorschläge zu Mehreinnahmen von 520 Millionen Euro geführt – pro Jahr.

Für uns ist klar: Ein starker Staat braucht verlässliche Einnahmen. Angesichts der Haushaltssituation von Bund und Ländern verbietet sich die Diskussion um weitere Steuersenkungen von selbst. Wir wollen keinen behäbigen Staat. Der Staat kann ruhig schlank und drahtig sein. Entscheidend ist: Der Staat muss seine Aufgaben erfüllen können. Er muss Chancengleichheit gewährleisten, er muss soziale Gerechtigkeit möglich machen. Er muss Verteilung von Arbeit und Vermögen organisieren und auch Zukunft planen.

Für die CDU/FDP-Landesregierung scheint all dies keine Rolle zu spielen. Inve-

stitutionen in die Zukunft? Fehlanzeige. Bei den Hochschulen wird weiter gespart und die Studierenden werden zur Kasse gebeten. Soziale Balance? Nach den Kürzungen bei Behinderten und sozialen Einrichtungen sollen nun die Landeskrankenhäuser an einen privaten Investor verschertelt werden. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Die Landesregierung legt die Hände in den Schoß.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung bietet für Niedersachsen keine Perspektive. Er ist unehrlich, unsozial und unsolide. Nie zuvor wurde in Niedersachsen so wenig investiert, das hat fatale Folgen auch für die Wirtschaft. Wir werden vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg klagen. Das oberste Gericht in Niedersachsen muss den permanenten Verfassungsbruch in Niedersachsen stoppen. ■

## Wortbruch als sportliche Disziplin

Landesregierung plant den Verkauf der niedersächsischen Landeskrankenhäuser

VON L.P.SCHATZ

Es gibt keinen Anlass, »die Öffentliche Trägerschaft der niedersächsischen Landeskrankenhäuser in Frage zu stellen«. Mit dieser Aussage ist die CDU vor drei Jahren in den Landtagswahlkampf gezogen, und nach der Wahl bekräftigte Ursula von der Leyen, nunmehr als Ministerin, am Rechtsstatus der Landeskrankenhäuser nicht rütteln zu wollen.

Zwei Jahre lang teilte das Sozialministerium mit, über die Privatisierung nachdenken zu wollen. »Bei dieser Sozialministerin ist Wortbruch zwischenzeitlich zur sportlichen Disziplin geworden«, charakterisiert der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz, das Vorgehen von Frau von der Leyen.

Das Sozialministerium selbst hatte 2003 in seinem Qualitätsbericht bestätigt, dass die niedersächsischen Landeskrankenhäuser zu den qualitativ besten in der Republik gehören.

Auch der Maßregelvollzug nimmt in Sachen therapeutische Effizienz und



Uwe Schwarz  
Photo: Klaus Hoffmann

Sicherheit eine bundesweite Spitzenposition ein. Obendrein arbeiten die Landeskrankenhäuser enorm wirtschaftlich.

Im Zuge weiterer Haushaltskonsolidierung sollen die zehn Kliniken im Lande für 120 Millionen Euro verschertelt werden. 2001 waren die Liegenschaften noch mit 225 Millionen Euro bewertet worden. »Das ist eine einmalige Verschleuderung von

Landesvermögen«, wettet Uwe Schwarz. »Die Gewinne streicht künftig der private Betreiber ein und gleichzeitig diktiert er dem Land die zu zahlenden Pflegesätze.«

Die Fachszene ist sich einig, dass ein Verkauf der Landeskrankenhäuser teuer und gefährlich wäre. Gerade im Maßregelvollzug für psychisch kranke Straftäter darf es keine Privatisierung geben. Das wurde Mitte September auf einer ver.di-Fachtagung in Hannover deutlich. »Der Staat muss seine Handlungsspielräume behalten«, urteilt Bundesverfassungsrichter Siegfried Broß. Wer sich von den Gesetzen des Marktes abhängig macht, muss in der Folge für teures Geld einen riesigen Kontrollapparat aufbauen.

Für den Verkauf der niedersächsischen Landeskrankenhäuser gibt es nach Uwe Schwarz' Erkenntnissen nur einen Grund: »Es geht schlicht darum, 6400 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst zu drängen, um das hinterher als Stellenabbau im Landesdienst zu feiern. Eine fatale Maßnahme.« ■

## Halbzeitbilanz mit Trauerrand

SPD-Kampagne zur Arbeit der Landesregierung



Seit zweieinhalb Jahren stellen CDU und FDP die Mehrheit im Niedersächsischen Landtag. Grund genug für eine umfassende Halbzeitbilanz der SPD-Landtagsfraktion. Es stehen Kampagnenmaterialien für Veranstaltungen und Aktionen vor Ort zur Verfügung. Die Kampagnenmaterialien bestehen aus

- einer Musterrede zu allen wesentlichen Politikfeldern des Landes,
- neun Argumentationsleitfäden und dazugehörigen Flugblättern: 1. Finanz- und Haushaltspolitik, 2. Hochschul- und Wissenschaftspolitik, 3. Innenpolitik, 4. Justizpolitik, 5. Landwirtschafts-

politik und ländlicher Raum, 6. Schulpolitik, 7. Sozialpolitik, 8. Umweltpolitik und 9. Wirtschaftspolitik.

Die Kampagnenmaterialien finden sich im zugangsgeschützten »Netzwerk«-Bereich des Internetauftrittes [www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de). Interessentinnen und Interessenten können sich mit ihrem Username und ihrem Passwort einloggen. Falls die Zugangsdaten abhanden gekommen sind, können diese bei Thilo Scholz [Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de](mailto:Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de) Tel. 0511/3030-4038, Fax 0511/3030-4809 erfragt werden. Selbiges gilt für die Beantragung neuer Zugangsdaten. ■



# Verfassungsbruch als »Normalzustand«

Landesmediengesetz von CDU und FDP ist verfassungswidrig.

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen hat ein hohes Gericht der niedersächsischen Landesregierung verfassungswidriges Verhalten attestiert und ein Gesetz gekippt.

Nachdem Ende Juli das Bundesverfassungsgericht die Regelungen über die präventive Telefonüberwachung im Polizeigesetz für verfassungswidrig erklärt hatte, entschied der Niedersächsische Staatsgerichtshof am 6. September, dass Regelungen des Mediengesetzes, die auf eine wirtschaftliche Schwächung der SPD abzielen, nichtig sind.

CDU und FDP hatten mit ihrem Gesetz aus dem Jahr 2003 versucht, Unternehmen, an denen die SPD mittelbar beteiligt ist, vom pri-



Niedersachsens Juso-Vorsitzende Jannine Hamilton Photo: lopo

vaten Rundfunk auszuschließen. »Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist eine der größten Niederlagen der Wulff-

Regierung«, urteilt Niedersachsens Juso-Vorsitzende Jannine Hamilton, die CDU und FDP jegliche Regierungskompetenz abspricht: »Zum wiederholten Mal hat die Landesregierung in der Gesetzgebung den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus Gründen ideologischer Besessenheit verlassen.«

Niedersachsens SPD-Vorsitzender Wolfgang Jüttner hegt immerhin die Hoffnung, das CDU und FDP sich die Lektion des Staatsgerichtshofes zu Herzen nehmen und mahnt an: »Auch wer die Mehrheit im Landtag hat, muss sich an die Verfassung halten. Wer mit Schaum vorm Mund Gesetze verabschiedet, muss sich über Niederlagen nicht wundern.«

Der mittlerweile in den Bundestag gewählte ehema-

lige Ministerpräsident Sigmar Gabriel, der als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion die Klage vor dem Staatsgerichtshof eingebracht hatte, sieht die Landesregierung auf einem fatalen Weg: »Mit der Ankündigung, bis 2008 jedes Jahr verfassungswidrige Haushalte vorzulegen, haben CDU und FDP den Verfassungsbruch zum »Normalzustand« erklärt.«

Da sich die politisch dominierenden Personen von Union und FDP in den vergangenen zweieinhalb Jahren als beratungsresistent erwiesen haben, hilft wohl auch der gut gemeinte Rat von Jannine Hamilton nicht. Sie empfiehlt den Herren Wulff und Hirche »die Lektüre und Beherzigung der niedersächsischen Verfassung«. ■ eb.

## »Relaunch« im Internet

Die SPD in Niedersachsen hat sich in den Neuen Medien neu aufgestellt und ihre Internetseiten komplett überarbeitet. Neben einer Überarbeitung des Screen-Designs, die Einbindung neuer Web-Applikationen und die Umstellung auf die aktuelle Version des Content Management Systems (CMS) Imperia wurde vor allem auf Barrierefreiheit Wert gelegt. Obwohl die SPD in Niedersachsen rein rechtlich nicht dazu angehalten ist, ihre Homepages barrierefrei anzubieten, war die Erreichbarkeit des Internetangebotes für alle Nutzerinnen und Nutzer ein wichtiger Grund für die technische, gestalterische und konzeptionelle Überarbeitung.

Die vier niedersächsischen SPD-Bezirke Braun-

schweig, Hannover, Nord-Niedersachsen, Weser-Ems und der Landesverband Niedersachsen hatten im Mai 2001 ein gemeinsames Internetprojekt gestartet. Inzwischen werden ca. 350 Domains von Abgeordneten, Ortsvereinen und Unterbezirken mit dem Redaktionssystem von Imperia gepflegt, insgesamt sogar mehr als 500 Domains verwaltet. Das Redaktionssystem ermöglicht das Erstellen und Pflegen von Internetseiten ohne Programmierkenntnisse. Zudem bietet es ein einheitliches Design gepaart mit individuellen und flexiblen Möglichkeiten der Ausgestaltung im Bild-, Text- und Grafikbereich. Eine kurze Übersicht bereits relauncheder Domains findet sich unter:

[www.spdnds.de](http://www.spdnds.de) ■

## SPD-Erfolge in den Kommunen

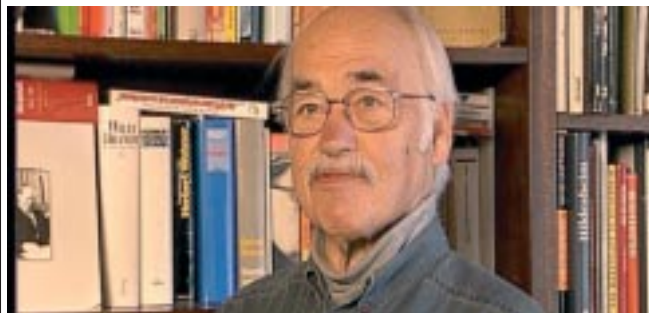


Am Ruder in der Wesermarsch: Landrat Michael Höbrink

Photo: privat

Mit respektablen Ergebnissen haben Kandidatinnen und Kandidaten bei Kommunalwahlen abgeschlossen. Der neue Bürgermeister von St. Andreasberg heißt Hans-Günter Schärf, die Bürgermeisterin von Jever auf SPD-Ticket Angela Dankwardt. Große Freude herrscht in der Wesermarsch. Dort stellt die SPD mit Michael Höbrink in Zukunft den Landrat. ■

## Die SPD trauert um Jochen Raffert



Er war so etwas wie das intellektuelle Gewissen der Hildesheimer SPD: Jochen Raffert, der am 18. September im 81. Lebensjahr gestorben ist. 1948 trat der Vollblutjournalist der SPD bei, wurde Ratscherr und 1965 Bundestagsabgeordneter. Im letzten Jahr vor seinem Ausscheiden aus dem Bundestag, 1972, war Jochen Raffert ein Jahr lang Parlamentarischer Staatssekretär. Der Träger des Ehrenringes der Bischofsstadt war ein leidenschaftlicher Fürsprecher des Römer- und Pelizaeus-Museums und wurde für seine ehrenamtlichen kulturellen Aktivitäten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Bis zuletzt hat Jochen Raffert das politische Geschehen in Hildesheim aktiv begleitet als Gesprächspartner, der seinen Rat anbot, ohne anderen die Freiheit der Entscheidung zu nehmen. »Er starb gelassen, aber sehr ungerne« wählte Jochen Raffert als Motto für seine Todesanzeige. Die SPD, um im Bilde zu bleiben, muss ihn gehen lassen, aber sehr ungerne. ■

## Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteigliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:

[bezirk.braunschweig@spd.de](mailto:bezirk.braunschweig@spd.de)  
[spd-bezirk-hannover@spd.de](mailto:spd-bezirk-hannover@spd.de)  
[bezirk@spd-nord-niedersachsen.de](mailto:bezirk@spd-nord-niedersachsen.de)  
[bezirk.weser-ems@spd.de](mailto:bezirk.weser-ems@spd.de)

## SPD-Newsletter

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an: [pressends@spd.de](mailto:pressends@spd.de) und fügt in die Betreffzeile »Newsletter« ein. ■

## vorwärts: RÄTSEL

Nachdem sie am 20. März 1969 in Gibraltar geheiratet haben, machen sie ihre Fitterwochen zu einer politischen Demonstration der avantgardistischen Sonderklasse. Von einem Hotelbett in Amsterdam aus werben sie für Frieden, Liebe und Völkerverständigung. Das »Bed-in« ist geboren.

Ein Bed-in in Montreal führt wenige Wochen später zur Geburt jenes Liedes, das bis heute als Hymne der friedlichen Revolution gilt: »Give Peace a Chance«. Der spontan mit den zufällig Anwesenden aufgenommene Song, auf dem Plattencover einer Plastic Ono Band zugeschrieben, stürmt im Juni 1969 die Hitparaden diesseits und jenseits des großen Teiches.

Zu dieser Zeit ist der Songschreiber noch Mitglied der berühmtesten Band der Welt, von der er einmal behauptet hat, sie sei bekannter als Jesus Christus. Leisetreterei und Understatement sind sein Ding nicht. Genervt von ständigen Ratschlägen erklärt er: »Warum sagen mir alle, ich soll es tun? Ich habe es schon getan.«

Das ist noch nicht einmal sonderlich übertrieben, denn der Sohn eines Schiffsstewards aus Liverpool hat bereits als Sechsjähriger im Kirchenchor gesungen, mit 16 seine erste Band gegründet, mit 22 seinen ersten Nr. 1 Hit in den USA gelandet und mit 24 seinen ersten Gedichtband veröffentlicht.

Der U.S.Amerikanische Komponist Leonard Bernstein nennt ihn »einen der größten Musiker der Geschichte«. Auch das ist nicht übertrieben. Er hat dem »Working Class Hero« seine Reverenz erwiesen und vielen Menschen eine Vorstellung von der Kraft anarchischer Gedanken gegeben. »Imagine« heißt sein musikalisches Vermächtnis. Geboren wurde er am 9. Oktober 1940. Wer wars? Zu gewinnen gibt es einen tönenden Silberling. ■ lopo

vorwärts  
 Odeonstraße 15/16  
 30159 Hannover

## vorwärts: kulturgut

Gut zwei Wochen, nachdem **Philip Scheidemann** in Berlin am 9. November 1918 die Republik ausgerufen hatte, formierte sich in Kirchlinteln ein Bauernrat. Das war die Keimzelle des SPD-Ortsvereins, der vor 80 Jahren von Eisenbahnern auf die Schiene gesetzt wurde.

**Gerhard Klöver, Georg Thies** und **Hinrich Heitmann** prägten die ersten Jahre des Ortsvereins Kirchlinteln als Mitglieder des Gemeinderates. Sie trotzen

der ländlichen Enge, überstanden Verfolgung und Nazi-Haft und waren nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes maßgeblich am Wiederaufbau Kirchlintelns beteiligt. Obwohl die SPD nur zwei Sitze im Gemeinderat erringen konnte, wurde **Georg Thies** am 28. November 1948 zum Bürgermeister gewählt. Der 80. Geburtstag des SPD-Ortsvereins Kirchlinteln war allerdings nur ein Grund, warum sich hohe Gäste zur Jubelfeier



Zwei »Swinegel« mit lokaler Prominenz: **Henning Scherf (links)** und **Kajo Wasserhövel (rechts)**

Photo: privat

einfanden. Bremens Bürgermeister **Henning Scherf**, SPD-Bundesgeschäftsführer **Kajo Wasserhövel** und der inzwischen wieder gewählte Bundestagsabgeordnete **Joachim Stünker** feierten die 75. Ausgabe des Parteiblattes »Kerklintler Swinegel«. Der fährt seit 25 Jahren beharrlich seine Stachel aus, wenn es denn nötig ist, was **Henning Scherf** in seiner Laudatio wortmächtig würdigte. Dafür wurde er wie auch **Kajo Wasserhövel** mit der Ehrenschrürze des Swinegel ausgezeichnet.

■ red.

## Hier spricht der Zeugwart

Sach'ma', hast du die neuen Trikots gesehen bei den Trainingsspielen von Maggie Merkel ihre Mannschaft? Jamaica – wenn ich das schon höre! Inner Fifa-Weltrangliste knapp vor Honduras. Wer will mit den Trikots rumlaufen? Und dann Reggae inner Halbzeitpause und Rechtsaußen Beckstein mit Tüte.

Und mit der Mannschaftsaufstellung hat die

Trainerin auch immer so ihre Probleme. Bei uns inner Kreisliga war das früher so: Der Trainer hat das Sagen. Aber die hat hinten rechts im Mittelfeld einen Koch, der kocht nur sein eigenes Stüppchen. Und einen andern hat se, der da sagt: Das hier ist Wulffs Revier. Und kaum kommt ein neuer Spieler, da schicken se den wieder auf den Kirchhof. Oder sie machen ihre

eigene Merz-Revolution. Wie willst du da als Trainerin klarkommen? Ich glaub, die wollen einfach keine Frau im Fußball. Erst recht nich', wenn die Ergebnisse so mies sind. Wenn das so weitergeht, dann kommt bald einer von denen und sagt zur Trainerin: Mach dich vom Acker!

Also, da lob ich mir die neuen, roten Trikots von Hannover 96. Und 'n ordentliches Pils is' besser als Jamaica-Rum-Verschnitt. ■

## auswärts:

...und dann war da noch Angela Merkels Kompetenzbolzen aus der zweiten Reihe, Friedbert Pflüger. Gefragt, warum denn Hannover 96 wohl gegen Eintracht Frankfurt gewinnen würde, antwortete der von wem auch immer ernannte außenpolitische Experte der Union: weil »wenigstens im Fußball die Roten besser sind.«

Hannovers Rote gewannen tatsächlich. Erst 2:0 ge-

gen die Frankfurter und dann alle vier Wahlkreise in der Region Hannover. Pflüger selbst erzielte das schlechteste Wahlergebnis seiner Partei und fühlt sich seither als Opfer einer »Angst- und Lügenkampagne mit falschen Zahlen«. Für die korrekten Zahlen sorgten die Wählerinnen und Wähler: 30,3 Prozent für Pflüger und 54,3 Prozent für Edelgard Bulmahn. Alles Lüge, oder? Ach was: ■ wuff